

Akute Wohnungslosigkeit droht

Räumung von 35 Wohnungen wegen illegalen Umbaus in Wörgl: 60 Menschen verlieren Zuhause



Das Haus steht ganz in der Nähe vom Wörgler Bahnhof in der Bahnhofstraße, viele MieterInnen wohnen schon seit Jahrzehnten darin.

© Theresa Aigner



Von Theresa Aigner

Mittwoch, 22.04.2026, 09:42

In einem Wohnhaus in Wörgl ist es im Laufe der vergangenen Jahrzehnte zu illegalen Umbauten gekommen. Kürzlich wurde anonym Anzeige erstattet, eine baupolizeiliche Überprüfung folgte. Das Ergebnis: Alle Wohnungen müssen bis 5. Juni geräumt werden.

Wörgl – Äußerst schlechte Nachrichten erreichten kürzlich die BewohnerInnen und EigentümerInnen des Hauses in der Bahnhofstraße 51 in Wörgl: Sämtliche Wohnungen, die sich in dem Haus befinden, müssen bis 5. Juni 2026, 9.00 Uhr, geräumt werden. Das steht in einem Bescheid des Bauamts der Stadtgemeinde Wörgl, der allen MieterInnen bzw. EigentümerInnen kürzlich zugestellt wurde und der *TT* vorliegt.

Der angeführte Grund: Im Haus wurden „bewilligungspflichtige Abweichungen gegenüber den Baubewilligungen vorgenommen.“ Das heißt: Es wurde illegal umgebaut, das Haus entspricht nicht den rechtlichen Vorgaben. Das hat eine baupolizeiliche Überprüfung im Februar 2026 ergeben. Sie war die Folge einer anonymen Anzeige.

35 statt 24 Wohnungen gebaut

Demnach wären in dem Haus anstatt 24 genehmigter Wohnungen widerrechtlich 35 errichtet worden, heißt es in dem Bescheid. Das Haus war einst ein Hotel, für den damaligen Umbau zu einem Wohnhaus lag offenbar keine Benützungsbewilligung vor. Zudem wurden sowohl bei der baupolizeilichen Überprüfung wie auch von einem hochbautechnischen Sachverständigen im März 2026 zahlreiche weitere Mängel – auch im Bereich Brandschutz und Nutzungssicherheit – festgestellt.

All das wird im Bescheid auf insgesamt zwölf Seiten detailreich ausgeführt. Der Bürgermeister als oberster Vertreter der Baubehörde „entscheidet daher wie folgt: Die weitere Benützung der Wohnanlage ist ab 5.6.2026, 9.00 Uhr, untersagt. Sämtliche Wohnungen dürfen ab diesem Zeitpunkt nicht mehr benutzt werden.“

Zur Überprüfung werde zu diesem Zeitpunkt eine behördliche Kontrolle stattfinden, bei der „erforderlichenfalls geeignete Maßnahmen zur Durchsetzung dieses Verbotes“ gesetzt werden, zudem werde eine Beschilderung wie auch eine kennzeichnende Absperrung angebracht.

Wer ist für illegalen Umbau verantwortlich?

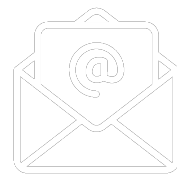
Wer für die illegalen Umbauten verantwortlich ist, ist dem Bescheid nicht zu entnehmen. Das Haus ist nicht im Besitz eines Eigentümers, sondern unterschiedliche Personen besitzen einzelne Wohnungen. Sie haben laut Bescheid bis längstens 29.10.2027 Zeit, einen den Baubewilligungen entsprechenden Zustand herzustellen. Dafür muss in einem ersten Schritt bis zum Baubeginn ein Bauverantwortlicher bestellt werden.

Für die derzeitigen MieterInnen ändert das wenig am akuten Problem, dass sie bis 5. Juni eine neue Wohnung finden müssen. Dass mit einem Einspruch gegen den Bescheid am Landesverwaltungsgericht eine weitere Aufschiebung des Räumungstermins erzielt werden kann, bezweifeln ExpertInnen.

Insgesamt dürften mindestens 64 Personen von der Räumung betroffen sein.

Newsletter: TT am Mittag

Aktivieren Sie mit **nur einem Klick** unseren Newsletter mit den Themen des Tages und erhalten Sie **täglich um 11.30 Uhr** Ihr News-Update an finanzen@dowas.org.



[Jetzt aktivieren](#)

Wohnungssuche äußerst schwierig

Zwar ist in dem Bescheid die Rede davon, dass „aufgrund der Anzahl der Bewohner und um soziale Härtefälle zu vermeiden“ der Aufschub bis 5. Juni gewährt wurde – wer den Wohnungsmarkt im Bezirk Kufstein kennt, weiß, dass es äußerst schwierig bis unmöglich ist, in den verbleibenden anderthalb Monaten eine leistbare Wohnung zu finden.

Die Wohnungen in dem Haus sind größtenteils klein und günstig, teilweise wohnen die Menschen schon 20 Jahre und länger in dem Haus, heißt es von EigentümerInnen, die nicht namentlich genannt werden wollen.

Keine Infos von Stadt Wörgl

Von der Stadt Wörgl ist auf Anfrage nichts zu dieser Angelegenheit zu erfahren: „Da es sich um ein laufendes Verfahren handelt, bitten wir um Verständnis, dass dazu keine Auskünfte erteilt werden“, lautete die knappe Antwort von Stadtbaumeister Juri Nindl.

Aber auch von Michael Riedhart (ÖVP), der als Bürgermeister die Baubehörde repräsentiert und den Bescheid unterzeichnet hat, gibt es bis jetzt keine Antwort auf eine entsprechende Anfrage der *Tiroler Tageszeitung*. Weder zu Baumängeln und Räumung selbst, noch dazu, ob vonseiten der Stadt Begleitmaßnahmen geplant sind, um drohender Wohnungslosigkeit der Betroffenen entgegenzuwirken.

Sozialberatungsstelle versucht zu helfen

Bei der Sozialberatungsstelle DOWAS ist die bevorstehende Räumung schon aufgeschlagen, zahlreiche BewohnerInnen, darunter mindestens zwei Familien, hätten sich gemeldet, weil sie nicht wissen, wie es nach dem 5. Juni weitergehen soll. „Wir unterstützen die Menschen mit Beratung zur Wohnungssuche, klären ab, ob sie einen Antrag auf eine Gemeindewohnung stellen können und vermitteln die Betroffenen, wenn nötig, weiter zur Mietrechtsabteilung der Arbeiterkammer“, heißt es von dort.

Nicht betroffen von der Räumung ist offenbar das Lokal „Pera“, dort stehen nur Maßnahmen im Bereich einer Brandschutztür im Bescheid. Andererseits muss auch das vor einem Jahr umgebaute und neu eröffnete Physiotherapiestudio im Erdgeschoß nicht schließen: „Unser Betrieb läuft ganz normal weiter“, war dort auf Nachfrage zu erfahren.

Mehr zum Thema:



Tiroler Betroffene erzählt

[Plötzlich wohnungslos: „Hätte nie gedacht, dass ich in so](#)



einer Situation lande“



Strategie gefordert
„Dunkelziffer weit höher“: Grüne fordern Armutsstrategie
und bessere Datenlage



Notlagen erreichen Mittelstand
Fünf Jahre DOWAS Sozialberatung in Kufstein: „Populistische
Debatten verzerren Realität“

Für Sie im Bezirk Kufstein unterwegs:

Theresa Aigner

theresa.aigner@tt.com

+4350403 2117

Michael Mader

michael.mader@tt.com

+4350403 3050

Wolfgang Otter

wolfgang.otter@tt.com

+4350403 3051